

RESOLUTION

Resolution der Vertreterversammlung der KV Hamburg Zu lange Wartezeiten für Kinder und Jugendliche auf eine vertragspsychotherapeutische Versorgung in Hamburg – Politik muss endlich handeln!

Die Wartezeiten auf einen vertragspsychotherapeutischen Therapieplatz in Hamburg – insbesondere für Kinder und Jugendliche – müssen dringend reduziert werden. Daher fordert die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg die Bundesregierung auf, endlich ihre Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen und die vertragspsychotherapeutische Bedarfsplanung zu reformieren.

Die Wartezeiten auf einen ambulanten Psychotherapieplatz waren bereits vor der Corona-Pandemie lang, nach der pandemischen Zeit sieht es noch kritischer aus. Die Anzahl unbehandelter psychischer Erkrankungen insbesondere von Kindern und Jugendlichen hat weiter zugenommen – durch die Pandemie haben sich Erkrankungen zudem chronifiziert, durch zusätzliche psychische Belastungen – das ist wissenschaftlich belegt – hat sich die Situation weiter verschärft.

In einer Umfrage der Psychotherapeutenkammer Hamburg unter den Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen gaben im Frühjahr 2022 mehr als 80% der Befragten an, dass sich die Nachfrage nach psychotherapeutischen Angeboten bereits während der Corona-Pandemie um mehr als 40% erhöht habe. 62,2 % der Befragten wiesen darauf hin, dass sich die Wartezeiten für Kinder und Jugendliche auf eine Sprechstunde/Therapie in ihrer Einrichtung in den letzten Monaten im Schnitt um 17 Wochen verlängert hätten, auf aktuell rund 30 Wochen. Gründe hierfür sind ein genereller Krankheitsanstieg, auffällig längere Behandlungsdauern sowie die häufige erneute Vorstellung ehemaliger Patient*innen nach einer abgeschlossenen Behandlung aufgrund von psychischen Krisen.

Um dem Versorgungsbedarf gerecht zu werden, ist eine zeitnahe Reform der Bedarfsplanung auf Bundesebene unumgänglich. Derzeit weist Hamburg einen vertragspsychotherapeutischen Versorgungsgrad von über 160 Prozent auf, ist also statistisch gesehen deutlich überversorgt; die Versorgungsrealität sieht allerdings ganz anders aus. Zu lange Wartezeiten machen deutlich, dass die Versorgungskapazitäten dringend erhöht werden müssen.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Anpassung der Bedarfsplanung umgehend umzusetzen, damit die benötigten ambulanten Behandlungskapazitäten geschaffen werden können.

Psychisch kranken Kindern und Jugendlichen muss jetzt geholfen werden, drohende Chronifizierungen müssen vermieden werden.